

diverse Potentiale zur Verbesserung der Beratungsprozesse bislang ungenutzt geblieben, insbesondere hinsichtlich des Austausches zwischen den Stellungnahmen sowie der Responsivität der Kommission auf die eingereichten Vorschläge und deren systematischer Auswertung.

Insgesamt trägt das Buch sowohl normativ-theoretisch als auch empirisch zu einer informierten Kenntnis und Beurteilung der aktuellen Reformschritte zur Demokratisierung europäischen Regierens bei. Der Theorieteil grenzt sich sehr wohltuend von der sonstigen Literatur zum Demokratiedefizit der EU ab, weil hier, ausgehend von Konzeptionen aus dem Bereich der politischen Philosophie und der neueren Demokratietheorie, eine Brücke geschlagen wird zu dem sehr speziellen Problemfall des europäischen Mehrebenensystems. Der empirische Teil beleuchtet mit den Online-Konsultationen ein neuartiges und bislang kaum beachtetes Instrument direkter Bürgerbeteiligung und diskutiert die Vor- und Nachteile auf einer soliden Datenbasis. Etwas undurchsichtig bleibt jedoch der Zusammenhang bzw. das Verhältnis von Demokratie und Sozialregulierung: Beruht eine Dimension des Demokratiedefizits innerhalb der EU in erster Linie auf der bekannten Einschränkung von Fritz Scharpf u.a., dass eine aktive Sozial- und Arbeitsmarktregulierung aufgrund des Standortwettbewerbs im EU-Binnenmarkt kaum noch zu realisieren ist, aber gleichzeitig viele Bürger an einem soliden Sozialstaat festhalten wollen? Oder auf der Einschätzung vieler linksgerichteter EU-Kritiker, dass positive Sozialregulierung als Gegengewicht auf europäischer Ebene per se, also unabhängig von den Meinungen der Bürger,

zu wenig entwickelt ist? Und welchen Einfluss hat die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an EU-Politik, insbesondere durch das neue Instrument der Online-Konsultationen, auf eine Stärkung bzw. Reduzierung von Sozialregulierung in Europa?

Andreas Wimmel

Meyer, Jan-Henrik. *The European Public Sphere. Media and Transnational Communication in European Integration 1969-1991*. Stuttgart. Franz Steiner Verlag 2010. 361 Seiten. 49 €.

Die Debatte zur „Europäischen Öffentlichkeit“ wird mit der Dissertation *Jan-Henrik Meyers* um einen originellen Beitrag bereichert. Positioniert zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften, ist das umfangreiche, auf Englisch verfasste Buch (361 Seiten) interdisziplinär relevant. Der Untersuchungszeitraum 1969-1991 wurde bisher weder von Historikern, noch von Sozial- und Politikwissenschaftlern detailliert untersucht. Die Herangehensweise *Jan-Henrik Meyers*, eine systematisch vergleichende Analyse der Berichterstattung in sechs Tageszeitungen (*Daily Telegraph* und *Guardian*, *Le Monde* und *Le Figaro*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*) aus drei Ländern (Großbritannien, Frankreich, West-Deutschland) zu fünf EG-Gipfeln (1969, 1974, 1978, 1985, 1991), erlaubt zudem den Bezug zur bestehenden Debatte. Neben dem empirischen Teil (ca. 150 Seiten) nimmt die ausführliche Diskussion des Forschungsstandes, der verschiedenen disziplinären Ansätze (angelsächsischer, deutscher und teilweise französischsprachiger Provenienz) sowie der Verortung der eigenen Studie

den Großteil der Arbeit ein. Damit kann das Buch beanspruchen, außer als Forschungsbeitrag auch als Referenzwerk zum Stand der Debatte gelesen zu werden. Die Souveränität, mit der *Jan-Henrik Meyer* unterschiedliche Disziplinen und Forschungstraditionen in verschiedenen Sprachen klassifiziert und einordnet, ist beeindruckend und belegt die Existenz eines zusammenhängenden Kommunikationsraums, zumindest in der Europaforschung. Weiterhin wird deutlich, wie stark diese Debatte durch verschiedene Lesarten der Thesen Jürgen Habermas' zum Strukturwandel der Öffentlichkeit dominiert wird – und alternative Ansätze (Foucault zum Beispiel in seinem nicht normativen, sondern auf die Analyse konkreter existierender Machtstrukturen ausgelegten Ansatz) nicht zur Kenntnis genommen werden.

Der empirische Teil der Studie überzeugt durch stringente Systematik, die ein Höchstmaß an Vergleichbarkeit garantiert. Für jeden EG-Gipfel wird die Berichterstattung in der vorausgehenden und nachfolgenden Gipfelwoche erhoben und einerseits quantitativ (Inhaltsanalyse), andererseits qualitativ (Diskursanalyse) untersucht. So gerüstet möchte *Jan-Henrik Meyer* fünf deskriptive Forschungsfragen zur möglichen Veränderung der europäischen Öffentlichkeit über Zeit beantworten. Die Abwesenheit kausalanalytischer oder konstitutiver Annahmen verhindert jedoch eine analytische Auseinandersetzung mit den der Debatte um „europäische Öffentlichkeit“ zu Grunde liegenden, normativ hoch aufgeladenen Annahmen über den Zusammenhang zwischen „Integrationsdauer“, „Medienberichterstattung“, „Entstehung europäischer Öffentlichkeit“ und „EU-Demokratisierung“.

Stattdessen kann der Autor auf Grundlage seiner Studie Hinweise zum Wandel der Medienberichterstattung über Zeit geben und diese an die existierende Debatte um „europäische Öffentlichkeit“ rückbinden. Wie seine Vorgänger, muss *Jan-Henrik Meyer* dabei seinen Untersuchungsgegenstand – die Vorstellung einer in Zeit und Raum definierbaren europäischen Öffentlichkeit, die sich in Mediendebatten manifestiert – zunächst selbst konstruieren. Das betrifft sowohl den (gut begründeten) Untersuchungszeitraum, als auch Periodisierung und Fallauswahl (zwei Wochen um EG-Gipfeltreffen herum) und die gewählten Medien. Die fünf Forschungsfragen konstruieren alle eine Forschungsperspektive, in der die – zunächst ja unverbundenen sechs Tageszeitungen – *normativ* als Teile eines übergeordneten Ganzen wahrgenommen werden, während *analytisch* offen bleibt, ob und warum sich die sechs Tageszeitungen tatsächlich zu einem „größeren Ganzen“ fügen sollten.

So bleiben die Ergebnisse, trotz aller beeindruckender Systematik, in ihrer Aussagekraft begrenzt. Der Bezug auf die EG in den untersuchten Zeitungsartikeln nimmt zwar im Untersuchungszeitraum um mehr als das Doppelte zu – diese Entwicklung hängt jedoch nicht von der Dauer der Integration, sondern der Relevanz der Ereignisse ab. Auch in den fünfziger Jahren (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) gab es schon solche Ereignisse mit hohem Aufmerksamkeitspotential. Auch die Frage der „gleichgerichteten Aufmerksamkeit“ der verschiedenen Öffentlichkeiten, untersucht als „synchrone Berichterstattung über dieselben Ereignisse“, wird nicht wirklich beantwortet: Einerseits wird zwar im Untersuchungszeitraum *zunehmend*

über dieselben europäischen Ereignisse zur selben Zeit berichtet, andererseits *vergrößern* sich jedoch die nationalen Unterschiede in der Berichterstattung über diese Ereignisse. Man könnte diese Aufzählung fortsetzen, als Resultat bleibt jedoch: „Die Untersuchung zeigt, dass europäische öffentliche Kommunikation über wichtige europapolitische Ereignisse bereits Ende der 1960er Jahre die Kriterien europäischer Öffentlichkeit erfüllte“ (357). Nuanciert wird diese Aussage durch Hinweise, dass zwischen 1985 und 1991 (Maastricht) eine qualitative Veränderung stattfand.

Als Fazit zur Debatte um europäische Öffentlichkeit bleibt damit auch nach *Jan-Henrik Meyers* Studie festzuhalten: Offensichtlich konnte das Ausmaß oder der Grad der europäischen Öffentlichkeit, *gemessen in Medienbeiträgen*, zu jedem Zeitpunkt seit 1950 ein Niveau erreichen, das dem heutigen entspricht (Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952, Debatte um den Gipfel von Den Haag 1969 usw.). Damit ist eine wesentliche implizite Annahme der Debatte um europäische Öffentlichkeit – die (mehr oder weniger lineare) Zunahme an Medienbeiträgen über Zeit – mehr denn je in Frage gestellt. Soll sich die Debatte nicht in autoreferentieller Selbstbetrachtung verlaufen, scheint der Übergang von normativen zu analytischen Annahmen nun dringend geboten. Dazu bedarf es einer diskurstheoretischen Fundierung. Empirisch verbunden wäre damit ein Übergang von der Analyse quantitativer Häufungen zur Analyse sozialer Bedingungen von Sprechakten. Wenn wir Bedingungen formulieren könnten, unter denen sich ein Diskurs stabilisiert und damit eine Gruppe integriert (oder das Gegenteil eintritt), könnten wir

empirisch überprüfen, ob diese Konstellationen – und ihre erwarteten Resultate – in der EU vorzufinden sind. So ließe sich beispielsweise die Vermutung einer *qualitativen* Veränderung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre prüfen, indem ein konstitutiver Zusammenhang zwischen vertiefter institutioneller Ordnung und Wandel der Diskursformation als Annahme formuliert und dann in einer Bedeutungsanalyse untersucht würde. Die Studie *Jan-Henrik Meyers* dient dabei zweifelsohne als Referenzwerk zum Forschungsstand und als Inspiration für weiterführende Forschung.

*Stefan Seidendorf*